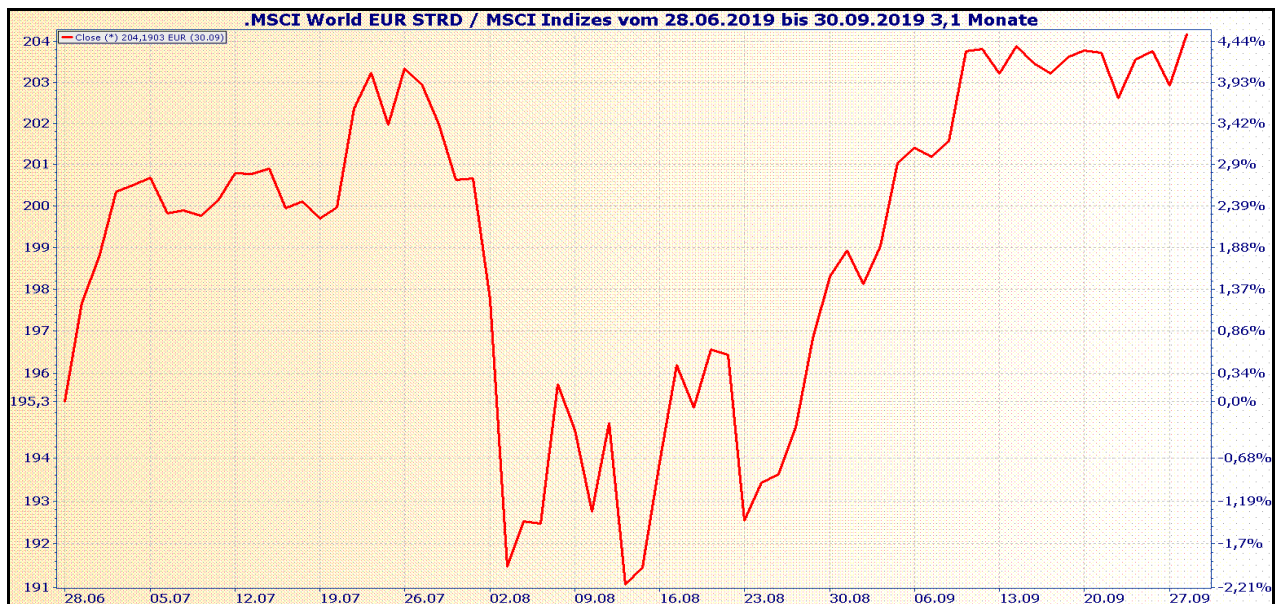


## Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Die **internationalen Aktienmärkte** haben im **dritten Quartal** den bisher erfreulichen Trend der beiden ersten Quartale fortsetzen können. Der Weltaktienindex in Euro stieg nach einem kurzen Rückgang im August per saldo um rund vier Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Am **Rentenmarkt** fiel die Rendite der zehnjährigen deutschen Bundesanleihen weiter von -0,35 Prozent auf -0,50 Prozent, am Schweizer Rentenmarkt sank die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen sogar von -0,55 Prozent auf -0,75 Prozent, nachdem die Europäische Zentralbank im Juli die Geldschleusen nochmals geöffnet hat und die Notenbank die Zinsen weiter ins Negative gesenkt hat.



Quelle: Handelsblatt vom 19. August 2019, Seite 29

In Deutschland wurde Ende August zum ersten Mal eine 30-jährige Bundesanleihe mit einem Zinskupon von 0 Prozent ausgestattet. Neu war, dass das Papier in einer Auktion zu einer negativen Rendite von -0,11 Prozent verkauft wurde. Damit werden sämtliche Bundeswertpapiere nicht nur am Sekundärmarkt (über die Börse), sondern auch am Primärmarkt (bei der Emission) zu Minusrenditen gehandelt. Das gab es noch nie!<sup>1</sup>

Für Sparer sind diese **Negativzinsen wie eine Steuer auf Spareinlagen** und Festgelder. Durch die Zinsen im Minusbereich werden Anleger kalt enteignet, weil die Kaufkraft mit der Zeit deutlich abnimmt.<sup>2</sup> Und ein Ende ist nicht absehbar. *Robert Halver* verknüpft wieder steigende Zinsen in der Zukunft sogar mit dem Ende des Euro und schreibt: „Ich bin fest davon überzeugt, dass es keine attraktiveren Zinsen mehr geben wird, solange die Eurozone existiert.“<sup>3</sup>



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. September 2019, Seite 12

Zahlreiche Medien wollen uns vermitteln, die derzeitigen Negativzinsen seien wegen Demografie, Digitalisierung, Globalisierung oder wegen sonstiger Gründe inzwischen unabänderlich und gehörten zur neuen Normalität – die Realität sieht aber anders aus. In

<sup>1</sup> Vgl. *Börsen-Zeitung* vom 22. August 2019.

<sup>2</sup> Siehe hierzu den Artikel „Finanzielle Repression durch kalte Enteignung in Deutschland“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. August 2019 auf Seite 29.

<sup>3</sup> *Cash* 9/2019, Seite 6. In der Kolumne „Auf ‚Super Mario‘ folgt ‚Madame Colombe‘“ befürchtet Halver, dass die Europäische Zentralbank unter der designierten Präsidentin *Christine Lagarde* endgültig zum Staatsfinanzierer wird. Denn in der Eurozone gehe es nicht um hohe Anlagezinsen, sondern um niedrigere Kreditzinsen für überschuldete Staaten. Die *WirtschaftsWoche* titelt deshalb in der Ausgabe vom 12. Juli 2019: „Madame Nullzins: Mit der neuen EZB-Chefin *Christine Lagarde* übernimmt die Politik in der Notenbank die Macht – mit fatalen Konsequenzen für Unternehmen und Sparer“. Und *Markus C. Kerber* ergänzt in einem Interview mit dem *Smart Investor* in der Ausgabe 09/2019 auf Seite 27: „Mit der Ernennung von *Lagarde* ist die Unabhängigkeit der EZB futsch.“

einer funktionierenden Marktwirtschaft kann es keine „negativen Zinsen“ geben. Genau so wenig, wie es auch keine „negativen Löhne“ oder „negativen Preise“ geben kann. Denn niemand verleiht freiwillig Geld, um später weniger davon zurückzubekommen. Und niemand arbeitet freiwillig und niemand verkauft Güter, wenn er seinen Lohn mitbringen oder dem Käufer noch Geld in die Hand drücken müsste. Das funktioniert nur durch staatlichen Eingriff – oder anders formuliert: durch Zwang!<sup>4</sup>

Am **Devisenmarkt** kam es zu einer Fortsetzung der Schwächetendenz des Euro gegenüber dem Schweizer Franken. Der Euro fiel von 1,11 Schweizer Franken auf nur noch 1,08 Schweizer Franken pro Euro. Der Franken hat somit in den letzten sechs Monaten rund fünf Prozent gegenüber dem Euro gewonnen. Damit der Franken nicht noch stärker im Vergleich zur Schwachwährung Euro aufwertet, hat die Schweizerische Nationalbank zum ersten Mal seit längerem wieder deutlich am Devisenmarkt interveniert und zur Verlangsamung des Anstiegs des Schweizer Franken verstärkt Euro gekauft.<sup>5</sup>

Entscheidend ist aus der Sicht der Schweiz jedoch nicht das Wechselkursniveau, sondern die **Geschwindigkeit der Aufwertung des Schweizer Franken**. „Die Nationalbank will offenbar verhindern, dass die Frankenaufwertung zu schnell Fahrt aufnimmt.“<sup>6</sup>

Die Kehrseite der Aufwertung des Schweizer Franken ist die **Abwertung des Euro** mit dem entsprechenden Verlust an Kaufkraft für alle Besitzer von Euroanlagen. „Der Kaufkraftschwund des Eurogeldes wird vielfach unterschätzt; und künftig wird er wohl noch an Fahrt gewinnen.“<sup>7</sup> Denn die Europäische Zentralbank sorgt dafür, dass die Geldmenge im Euroraum immer weiter anschwillt, und zwar deutlich stärker als die Zunahme der Gütermenge:

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu *Christian Thimann* in seinem bemerkenswerten Standpunkt „Die EZB und die Schranken von Mandat und Marktwirtschaft“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 31. August 2019, Seite 30. Thimann war während der Finanz- und Eurokrise der engste Mitarbeiter von *Jean-Claude Trichet* und anschließend von *Mario Draghi*.

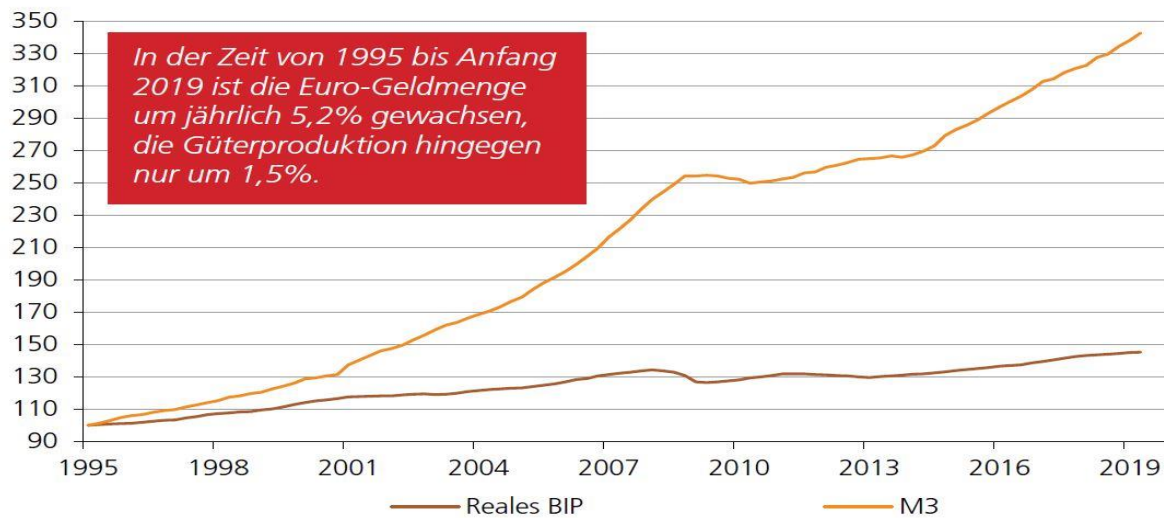
<sup>5</sup> Die Eingriffe der Schweizer Nationalbank auf dem Devisenmarkt lassen sich am markanten Anstieg der Sichteinlagen bei der Notenbank ablesen. Mitte August konnte die größte Wochenzunahme seit zweieinhalb Jahren beobachtet werden. Damals fiel der Euro aus Angst vor einem Sieg der eurofeindlichen Rechtspopulistin *Marine Le Pen* bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 und die Schweizer Nationalbank setzte fünf Milliarden Franken innerhalb einer einzigen Woche ein, um einen weiteren Anstieg des Franken zu verhindern. Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 21. August 2019, Seite 19. In den zwei Monaten von Mitte Juli bis Mitte September hat die Schweizer Nationalbank sogar rund zwölf Milliarden Franken aufgewendet, um die Aufwertung des Franken gegenüber dem Euro zu bremsen. Vgl. hierzu *Finanz und Wirtschaft* vom 18. September 2019, Seite 16.

<sup>6</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. August 2019, Seite 27. In dem Artikel „Schweizer Notenbank stemmt sich gegen starken Franken“ wird insbesondere auf die Rolle der Schweiz als sicherer Hafen in unsicheren Zeiten hingewiesen.

<sup>7</sup> *Degussa Marktreport* vom 29. August 2019, Seite 1. *Christian Thimann* ergänzt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 31. August 2019 auf Seite 30 eindrücklich: „Man kann es nicht oft genug betonen: Demokratisch legitimiert und zeitlos gültig bleibt die Preisstabilität, und nicht ein wie auch immer geartetes Inflationsziel.“

## 2 Euro-Geldmenge steigt viel schneller als die Güterproduktion

Euro-Geldmenge M3 und Euro-Bruttoinlandsprodukt<sup>(1)</sup>



Quelle: Thomson Financial; Graphik Degussa. <sup>(1)</sup> Serien sind indiziert (Q1 1995 = 100).

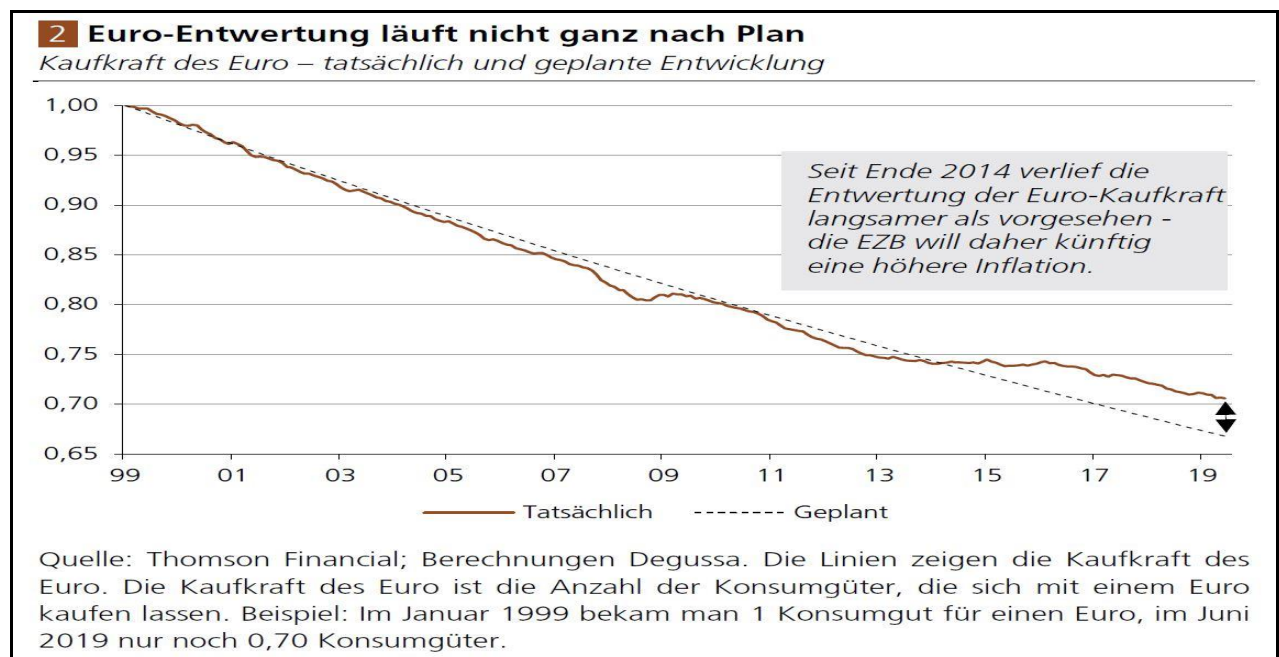
Quelle: Degussa Marktreport vom 1. August 2019, Seite 2

Die Differenz zwischen der Zuwachsrate der Geldmenge und der Zuwachsrate der Gütermenge ist vereinfacht gesagt Inflation oder Verlust an Kaufkraft. Der Begriff Inflation leitet sich vom lateinischen „inflare“ (aufblähen) ab, und zeigt sehr gut, was die eigentliche Ursache der Inflation ist: eine zu stark aufgeblähte Geldmenge! In der obigen Grafik erkennt man das Inflationspotential an der immer größer werdenden Lücke zwischen der Menge an Gütern (braune Linie = Bruttoinlandsprodukt) und der Menge an Geld (gelbe Linie = Geldmenge in der weiten Abgrenzung M3).

In der Öffentlichkeit ist es ein häufig gemachter Fehler, die statistische Inflationsrate mit der Veränderung des Preisniveaus und dem Verlust an Kaufkraft gleichzusetzen. Denn die monatlich in den Medien dargestellte Inflationsrate bezieht sich nur auf den Anstieg der Verbraucherpreise, also nur auf wiederkehrende Ausgaben des täglichen Bedarfs (wie zum Beispiel Lebensmittel, Benzin, Mieten, Dienstleistungen usw.). Bewusst ausgeblendet wird bei der Berechnung der Inflationsrate die Preisentwicklung für Immobilien, für Bauland sowie für andere Vermögenswerte, weil man bei der Einführung des Euro annahm, dass sich die Verbraucherpreise und die Vermögenspreise parallel entwickeln würden.

Zurzeit zeigt sich das in der oberen Grafik dargestellte Inflationspotential vor allen Dingen in einer **Vermögenspreisinflation**, das heißt, die Preise für Immobilien, Aktien und Rohstoffe (und hier insbesondere Edelmetalle) steigen kräftig. Dass die Mehrheit der Bevölkerung in dem irrigen Glauben ist, wir hätten aktuell keine **Verbraucherpreisinflation**, begründet sich in zwei Ursachen. Der eine Grund ist die systematisch (weil politisch gewollt) zu niedrig ausgewiesene monatliche Inflationsrate. Die tatsächliche Inflationsrate ist in Wirklichkeit deutlich höher. Wir haben in unseren Veröffentlichungen über das Thema Inflation und insbesondere über die verschiedenen angewendeten Tricks des

Statistischen Bundesamtes in der Vergangenheit schon mehrfach ausführlich berichtet.<sup>8</sup> Die zweite Ursache liegt darin, dass sich die eigentümliche Interpretation von Preisstabilität eingebürgert hat, die Kaufkraft des Euro bleibt konstant, wenn die Verbraucherpreise jährlich um zwei Prozent steigen. In Wahrheit wird die Kaufkraft des Euro natürlich nicht erhalten, sondern sie wird herabgesetzt. „Die Öffentlichkeit wird also an der Nase herumgeführt, wenn die Zentralbank, wenn meinungsführende Ökonomen behaupten, die Kaufkraft des Euro bleibe stabil, wenn die Konsumgüterpreise um ungefähr 2 Prozent pro Jahr ansteigen!“<sup>9</sup>



Quelle: *Degussa Marktreport* vom 1. August 2019, Seite 2

Die obige Grafik zeigt anschaulich, wie stark die Kaufkraft des Euro (nur Verbraucherpreis-inflation) seit seiner Einführung im Jahr 1999 bereits gefallen ist. Bekam man beispielsweise 1999 noch zehn Äpfel, bekommt man heute nur noch sieben Äpfel für dieselbe Menge Geld.

Die Europäische Zentralbank verspricht seit ihrer Gründung, für „Preisstabilität“ einzutreten. Darunter versteht sie, dass die Verbraucherpreise um etwas weniger als zwei Prozent pro Jahr zulegen sollen. Dieses Ziel hat jedoch nichts mit stabilen Preisen zu tun! Denn wenn die Verbraucherpreise jedes Jahr um zwei Prozent steigen, dann ist die Kaufkraft des Euro nach 20 Jahren um mehr als 30 Prozent gefallen (siehe gestrichelte schwarze Linie in der oberen Grafik). Der tatsächliche und aktuelle Kaufkraftverlust

<sup>8</sup> Über das Thema Inflation haben wir aktuell zuletzt in unserem *Investmentfonds-Bericht Januar 2019* auf den Seiten 33 - 36 berichtet. Mit welchen Tricks das Statistische Bundesamt in Wiesbaden die offiziellen Inflationsraten systematisch schön, um die Öffentlichkeit zu beschwichtigen, haben wir ausführlich und leicht verständlich im *Investmentfonds-Bericht Januar 2012* auf den Seiten 20 - 26 dargestellt. Interessierte Leser finden die beiden Analysen auf unserer Website [www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch) unter der Rubrik „Mediathek“ und dann unter dem Punkt „Publikationen“, jeweils unter dem entsprechenden Jahr.

<sup>9</sup> *Degussa Marktreport* vom 12. September 2019, Seite 3.

(durchgezogene braune Linie) ist der Europäischen Zentralbank jedoch zu niedrig. **Die EZB will daher in Zukunft eine höhere Inflation.**

Mit den Beschlüssen der Europäischen Zentralbank Mitte September, die Zinsen für Einlagen der Banken bei der Notenbank von -0,4 Prozent auf -0,5 Prozent zu senken und zusätzlich (zeitlich unbegrenzt!) wieder Anleihen in einer Höhe von monatlich 20 Milliarden zu kaufen, **öffnet die EZB die Geldschleusen** und versucht damit, ihr Ziel zu erreichen, die Inflationsrate zu steigern,<sup>10</sup> oder noch deutlicher, sie versucht: „**die Eurozone mit Nachdruck zu inflationieren.**“<sup>11</sup>

Das Bankhaus *Warburg* schreibt dazu: „Die EZB stellt langsam und unauffällig die Weichen, um erneut geldpolitisch Vollgas zu geben – aber nicht nur für ein paar Monate, sondern für eine sehr, sehr lange Zeit.“<sup>12</sup> Und das *Handelsblatt* titelt „**EZB zementiert Minuszins**“ und ergänzt: „Noch härtere Strafzinsen für Banken, neue Milliarden für das umstrittene Anleihekaufprogramm, Niedrigzinsen auf unbestimmte Zeit.“<sup>13</sup> *Bert Flossbach* ist ebenfalls von Negativzinsen für viele Jahre überzeugt und sagt: „Der Tiefzins ist langfristig zementiert.“ Er zeigt zugleich auf, warum er dieser Meinung ist: „Ein Zinsanstieg auf die Niveaus von vor acht bis zehn Jahren ist schlicht nicht mehr vorstellbar. Anders gesagt: Bei dieser Annahme würden die Immobilienpreise in den Boomstädten abstürzen.“<sup>14</sup>

Und nicht nur die Preise für Immobilien würden kollabieren – auch einige hoch verschuldete Staaten aus dem Euro-Raum (wie zum Beispiel Italien!) würden zusammenbrechen. Deshalb mehren sich die Stimmen, die sagen, genau das sei der Hauptgrund, warum die Europäische Zentralbank die Zinsen immer weiter in den Minusbereich verschiebt. Mit der extrem lockeren Geldpolitik verfolge die EZB nämlich in Wirklichkeit eine versteckte Agenda: „die Subventionierung notorisch klammer Mitgliedstaaten der Euro-Zone durch ein geringes Zinsniveau“, denn die „andauernde Überdehnung des geldpolitischen Mandats der EZB hilft vor allem südeuropäischen Ländern“.<sup>15</sup> Ähnlich sieht es die *Neue Zür-*

---

<sup>10</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. September 2019, Seite 17. Bereits von 2015 bis 2018 hatte die Europäische Zentralbank Anleihen im Gegenwert von 2.600 Milliarden Euro erworben, davon rund 2.100 Milliarden Euro Staatsanleihen. Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. September 2019, Seite 1.

<sup>11</sup> *Hans-Werner Sinn* in seinem Artikel „Das Ende der Zurückhaltung in der Eurozone“ in der *Finanz und Wirtschaft* vom 7. August 2019, Seite 3. Sinn mokiert sich insbesondere über den Versuch der Europäischen Zentralbank, das Inflationsziel von knapp unter zwei Prozent symmetrisch auszulegen. Im Klartext heißt das, dass die EZB den Zielwert im Mittel der Jahre zu erreichen versucht. Und da die Inflationsrate lange Zeit unter zwei Prozent lag, kann sie nun einige Zeit auch darüber liegen. Vgl. hierzu auch den Gastkommentar von Hans-Werner Sinn „Die gefährlichen Tricks der EZB“ im *Handelsblatt* vom 7. August 2019, Seite 48.

<sup>12</sup> *M. M. Warburg & Co*, Konjunktur und Strategie, 25. Juli 2019, Seite 2.

<sup>13</sup> *Handelsblatt* vom 13. - 15. September 2019, Seite 1. Die Zeitung kommt in dem Artikel zu dem Fazit: „Mit den Beschlüssen rückt ein Ende der ultralockeren Geldpolitik in weite Ferne.“

<sup>14</sup> Siehe das lesenswerte Interview „Aktien sind preiswert“ mit dem *Handelsblatt* vom 4. - 6. Oktober 2019 auf den Seiten 40 bis 41. Die beiden Zitate stammen von Seite 40. Flossbach ist zusammen mit *Kurt von Storch* Gründer der Kölner Vermögensverwaltung *Flossbach von Storch*.

<sup>15</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. September 2019, Seite 12. In dem Artikel „Das System Draghi hat ausgedient“ kommt der Autor *Michael Rasch* zu dem Fazit: „Beim verzweifelten Versuch, die Inflation im Euro-Raum anzuziehen, ist der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Präsident Mario Draghi die Verhältnismässigkeit abhandengekommen.“ Er beklagt insbesondere, dass immer mehr ehemalige Politiker in den EZB-Rat rücken: „Diese Queresteiger haben kein vertieftes Wissen zu geldpolitischen Fragen, dafür viel Verständnis für die ‚Nöte‘ von Politi-

cher Zeitung in dem Artikel „Betreibt die EZB verbotene Staatsfinanzierung?“ und schreibt: „Zugleich werde der Verdacht erhärtet, hinten den Käufen von Staatsanleihen stecke die Intention, verschuldete Regierungen vor steigenden Zinsen zu schützen.“<sup>16</sup>

Der Kauf von ausstehenden Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank ist aber nur in begrenztem Umfang möglich – es sind gar nicht mehr so viele Staatsanleihen im Umlauf, die die EZB aufkaufen könnte, um die Inflationsrate nach oben zu bewegen! Denn mit dem aktuell beschlossenen monatlichen Kaufprogramm „besäße die EZB in zwei Jahren in einigen Länder bereits die Hälfte aller Staatsanleihen“.<sup>17</sup>

Deshalb gibt es zunehmend Spekulationen, die Europäische Zentralbank könne der japanischen Zentralbank und der Schweizerischen Nationalbank folgen und ebenfalls Aktien kaufen. Die *FINANZWOCHEN* schreibt daher: „Sollte die EZB tatsächlich ... aus Mangel an europäischen Staatsanleihen, die noch aufgekauft werden können, anfangen, europäische Aktien zu kaufen, wäre dies sicherlich ein klares Haussesignal für europäische Aktien.“<sup>18</sup>

Das ist jedoch nicht der einzige Grund, für einen optimistischen Blick auf die Kursentwicklung von (europäischen) Aktien. Denn: „Aktien profitieren von fehlenden Alternativen“ lautet beispielsweise eine Schlagzeile im *Handelsblatt*.<sup>19</sup> Und das Schweizer Wirtschaftsmagazin *BILANZ* ergänzt: „Aktien sind im Anlageuniversum derzeit und auf lange Sicht die stärkste Art mit einer Renditequelle. Sie sind schlicht ohne Alternative.“<sup>20</sup>

Die Angst vor einem (dauerhaften) Absturz der Aktienkurse ist trotz aufkommender Revisionsorgen aus Sicht von *Schmitz & Partner* völlig unbegründet:

---

kern.“ Diese Sorge teilt auch *DER SPIEGEL*, der im Direktorium der Europäischen Zentralbank einen „Aderlass an Kompetenz“ erkennt und sich sorgt, dass „immer mehr ehemalige Minister ohne geldpolitische Erfahrung“ an die Stelle von erfahrenen Geldpolitikern und gestandenen Ökonomen rücken. *DER SPIEGEL* vom 27. Juli 2019, Seite 49. Die *WirtschaftsWoche* vom 4. Oktober 2019 weist auf Seite 41 noch auf einen anderen Aspekt hin: „Wichtige Posten wie die Leitung der Generaldirektion Geldpolitik, Finanzstabilität und Recht hat Draghi mit Landsleuten aus Italien besetzt. Dagegen wurde der Einfluss der Deutschen, die in den Anfangsjahren der EZB unter Chefvolkswirt Otmar Issing noch entscheidende Impulse setzten, systematisch zurückgedrängt.“ Der aktuelle Rücktritt der Deutschen *Sabine Lautenschläger* aus dem Direktorium der EZB markiert dabei nur den vorläufigen Tiefpunkt der Tradition deutscher Geldpolitik in der Europäischen Zentralbank. Vgl. hierzu den Kommentar „Gesucht: Frau mit Frustrationstoleranz“ in *DER SPIEGEL* vom 28. September 2019, Seite 65.

<sup>16</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Oktober 2019, Seite 31.

<sup>17</sup> *Jörg Krämer* in seinem Artikel „Kauft die EZB Aktien?“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. September 2019, Seite 18. Krämer ist Chefvolkswirt der *Commerzbank*.

<sup>18</sup> *FINANZWOCHEN* vom 22. August 2019, Seite 4.

<sup>19</sup> *Handelsblatt* vom 5. September 2019, Seite 43.

<sup>20</sup> *BILANZ* vom September 2019, Seite 57.



Quelle: *Handelsblatt* vom 16. - 18. August 2019, Seite 27

Daniel Mohr schreibt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu Recht: „Den vielen Anlegern, die eher zur Vorsicht neigen, sei jedoch gesagt. Aktienkurse sind in der Vergangenheit langfristig gestiegen, und zwar seit dem 19. Jahrhundert. Das geschah in einer Zeit, die von Weltkriegen, einem Kalten Krieg, Ölkrisen und Terroranschlägen gekennzeichnet war. Kurzum: Krise war immer.“ Und zieht das Fazit: „Trotz vieler Krisen und Kriege ist der Wohlstand der Welt gewachsen. Wer weiter daran glaubt, sollte sich mit dem Kauf von Aktien an Unternehmen beteiligen und an deren Umsatz- und Gewinnwachstum teilhaben. In schwierigen Phasen, wie sie derzeit womöglich anstehen, gilt es, die Nerven zu bewahren. Langfristig wurde der Mut zum Risiko in einem breit gestreuten Aktienportfolio bisher aber immer belohnt.“<sup>21</sup>

Zum Abschluss empfehlen wir Ihnen noch als ergänzenden Lesestoff zu diesem Quartalsbericht die **Kolumne** aus der Septemberausgabe des Börsenmagazins *Trader's* „André Kostolany – was er heute sagen würde“, das **Interview** im *Euro fondspress* „Großbritannien profitiert vom Brexit“ und die aktuelle **Fondsanalyse** aus der Oktoberausgabe des *Smart Investor* „Schmitz & Partner Global Defensiv“.

Besonders stolz sind wir auf das Zitat aus der Analyse: „Mit Stand vom 13.9.2019 belegt der Fonds mit 13,7% Wertzuwachs auf Jahressicht den **ersten Platz** in der Morningstar-Kategorie ‚Mischfonds EUR defensiv – Global‘“. Dies ist nicht das erste Mal, dass der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds die Nummer 1 in vergleichenden Fondsstatistiken ist, aber wir freuen uns immer wieder aufs Neue über eine solche Auszeichnung.

<sup>21</sup> In seinem Artikel „Aktien kaufen – auch in schweren Zeiten“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 15. August 2019 auf Seite 15 wirft der Autor auch einen Blick zurück auf das Jahr 2009: „Es wurde zu einem der besten Aktienjahre, obwohl es gleichzeitig eines der fiesesten Rezessionsjahre seit Jahrzehnten war.“